

Stefan Böschen

Gesellschaftliche Selbstberatung

Beratung und Politik, ein Zweiergespann, das lange Zeit Sachlichkeit und Interessenausgleich von Entscheidungen garantierte, gerät in spätmodernen Gesellschaften immer stärker in die Kritik (Leggewie). Selig die Zeiten, in denen man noch vor gut sichtbaren, wenn auch schwerwiegenden Verwicklungen warnen konnte, etwa in Form der Technokratiekritik oder der Kritik am Dezisionismus. Im ersten Fall unterwandern Experten und ihre Expertise die politischen Grenzzäune und üben de facto Herrschaft aus, obgleich dafür keine Legitimationsgrundlagen bestehen. Im zweiten Fall wendet sich die Kritik gegen Politikformen, die Expertenratschläge übergehen und so entscheiden, wie es ihnen jenseits sachlogischer Erwägungen als opportun erscheint. Die gegenwärtigen Verwicklungen sind problematischer, weil sie die Üblichkeiten der jeweiligen Felder und ihre strikte Separierung als unhinterfragte Voraussetzungen direkt betreffen. Zwischen Wissenschaft und Politik entstehen, insbesondere in Risikofeldern wie BSE oder der Gentechnik mit ihren verschiedenen Sparten, wissenspolitische ›Zonen der Uneindeutigkeit‹. Was ist darin aber der Maßstab von Kritik? Die Entwicklung solcher Maßstäbe wird selbst zum Teil des Prozesses, damit verschieben sich die Anforderungen und Perspektiven von Beratung im politischen Prozess erheblich. Wer darf wen, wann, warum, mit welcher Form von Expertise versorgen? Welche Validität besitzt dieses Wissen und welche Legitimation?

Diese Fragen stellen sich, weil wissenschaftliches Wissen und seine Erzeugungsbedingungen in der Zwischenzeit tief in den politischen Raum hineinragen. Nicht nur werden Interessen- und Wertbezüge bei der politischen Aushandlung von Wissen reflektiert, sondern auch nach neuen Strategien zur Schlichtung solcherart Wissenskonflikte gesucht. Hinter alldem verbirgt sich letztlich das Problem, »Wissensordnung und soziale Ordnung in ihrer gegenseitigen Abhängigkeit und Verschränkung wieder zusammenzudenken« (Nowotny, S. 108 f.). Was heißt

dies für den Zusammenhang von Beratung und Politik? Um diese Frage zu beantworten, müssen drei Facetten beleuchtet werden. Zum einen: Welche Gewinne und Herausforderungen hat die Trennung von Wissen und Politik für die Entfaltung von modernen Demokratien? Zum anderen: Mit welchen Problemen wird dieses System neuerdings konfrontiert, wenn es Technologien mit systemischem Risikopotenzial bewältigen soll? Und schließlich, dass die Lösung darin besteht, die Einseitigkeit der Expertenberatung aufzubrechen und Chancen gesellschaftlicher Selbstberatung zu steigern.

»Scientia est potentia« – in dieser schillernden These von Francis Bacon manifestieren sich zwei wesentliche Aspekte neuzeitlicher Wissenschaft. Zum einen besitzt wissenschaftliches Wissen die Fähigkeit, »etwas in Gang zu setzen« (Stehr, S. 31), was bisher noch nicht einem menschlichen Nutzen zugänglich war. Zum anderen zeichnet sich wissenschaftliches Wissen dadurch aus, Machtverhältnisse verschieben oder gar neu definieren zu können. Wissenschaft ist innovativ. Wissenschaft ist machtvoll. Aufgrund des methodisch geschulten, vorurteilsfreien Blickes werden Sozial- wie Naturverhältnisse objektiv registriert. Die innovative Macht von Wissenschaft zeigte sich vor allem in dem ihr zugeschriebenen und selbst beanspruchten wertneutralen Charakter. So stellte sie nicht nur technologisch-ökonomische Innovationen zur Verfügung, welche die ganze Gesellschaft durchdrangen, sondern darüber hinaus auch das Wissen, um mit den nicht-intendierten Nebenfolgen dieser Innovationen umzugehen. Expertenbasierte Beratung sicherte die Übertragung dieses Wissens in den politischen Raum. Jedoch wurden die implementierten Technologien und ihre Nebenfolgen zunehmend komplexer, sodass die Abhängigkeit der Politik von Wissenschaft stetig wuchs – und mit ihr wuchsen die entsprechenden Probleme.

Dies zeigt sich eklatant bei systemischen Risiken. Diese zeichnen sich durch ein hohes Maß an Komple-

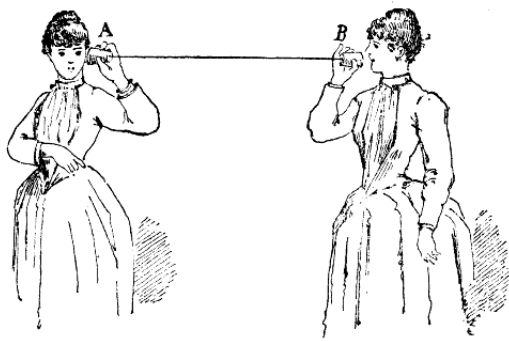


FIG. 76. Trådtelefon.



xität, Ungewissheit, sozialer Ambiguität sowie eine prinzipielle zeitliche, räumliche, sachliche und soziale Unabschließbarkeit aus (Klinke/Renn). Derartige Risiken werden in den letzten 30 Jahren verstärkt thematisiert, nachdem eine Fülle von historischen Beispielen (besonders prominent: FCKW, DDT) die Folgen möglichen Nichtwissens plastisch demonstrierten. Wie also vor zukünftigen Ozonlöchern schützen? Bei der Beantwortung dieser Frage tun sich Abgründe auf, denn wie soll man von dem noch nicht Gewussten wissen oder sich gar vor den damit verbundenen negativen Effekten bewahren? Die Folge: Leistungsbewusste und expertiseförmige Wissenschaft sieht sich mit ihrem Nichtwissen konfrontiert. Die Folgen-Folge: Die Bewertungsfrage kehrt zurück, um zukünftige Entwicklungen trotz ihrer Nichtwissbarkeit zu antizipieren und politischen Entscheidungen zugänglich zu machen. Das Nichtwissen der Zukunft manifestiert sich als Bewertungskonflikt gegenwärtigen Wissens. Aber wie sollen solche (Nicht-)Wissenskonflikte bearbeitet werden, in denen sich Wissens- und Wertekonflikte überlagern?

Auf diese Frage gibt es keine generelle Antwort, aber einen wesentlichen Anhaltspunkt: Nachdem akademisches Wissen in Risikodebatten nicht mehr unumstritten privilegiert ist, eröffnet sich nur der mühsame und auch zweiseitige Weg, die soziale Verlässlichkeit von Wissen in einem öffentlich-politischen Prozess zu garantieren. Dieser Prozess ereignet sich bisher als mehr oder minder selbstläufige Entfaltung von Gestaltungsöffentlichkeiten, etwa im Kontext der Debatten um »rote« und »grüne« Gentechnologie, der Chemiepolitik oder der BSE-Krise (Böschchen/Weis). Gestaltungsöffentlichkeiten lassen sich dabei als themenzentrierte Infrastrukturen verstehen, die Akteursnetzwerke und diskursive Formationen bündeln, um im Spannungs- und Konfliktfeld von Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Öffentlichkeit Wissensordnungen zu etablieren. Wissensordnungen sind zeitlich begrenzte Einfriedungen von (Nicht-)Wissenskonflikten. Gestaltungsöffentlichkeiten sind also Räume gesellschaftlicher Selbstberatung, bei denen der Status des jeweiligen Wissens überhaupt erst ausgehandelt wird. Welche Wissens- und Nichtwissensformen sollen privilegiert werden und warum?

Auffallend ist nun in den bisherigen Entwicklungen die institutionenpolitische Abstinenz bei der politischen Ausformung solcher Gestaltungsöffentlichkeiten. Dies hat sehr unterschiedliche Gründe. Erstens sind die Be-

harrungskräfte des überkommenen Systems wissenschaftlicher Politikberatung mächtig; sei es, weil die sozialen Netzwerke wissenschaftlich-politischer Konsultation gut etabliert sind, sei es, weil sich auch die Öffentlichkeit gut mit diesem, sie wenig fordernden Modell arrangieren kann. Zweitens gleicht die Anleitung von Prozessen gesellschaftlicher Selbstberatung in Gestaltungsöffentlichkeiten dem Paradox vom »Sei spontan!«. Denn die Initiierung von thematisch gebündelten Arenen kann nicht verordnet, allenfalls durch entsprechende institutionelle Strukturen inspiriert werden. Drittens ist das Projekt sehr ambitioniert: Um Rationalität zu verbürgen, geht es um nichts weniger als die Entwicklung einer »civic epistemology« (Jasanoff), bei der die kulturelle Vielfalt von Wissens- und Bewertungsformen systematisch in die Wissensordnungen einbezogen wird. Viertens wird auch in diesem Prozess nicht garantiert, dass in den Wissensordnungen die jeweils bestmögliche Wissenskonstruktion stattfindet.

Jedoch eröffnen Prozesse gesellschaftlicher Selbstberatung die Prüfung von Wissenskonstrukten nach einem weiteren Kriterienspektrum und geben dem so entstehenden Wissen, eine entsprechende institutionelle Einbettung vorausgesetzt, die notwendige demokratische Legitimation. Chancen und Risiken von Wissens- und Nichtwissensprozessen werden somit gezielter gegeneinander abgewogen. Die Entfaltung von Wissensgesellschaften wird umso produktiver sein, je mehr die demokratiepolitische Herausforderung gesellschaftlicher Selbstberatung angenommen wird.

Literatur

- S. Böschchen und K. Weis: *Die Gegenwart der Zukunft. Perspektiven zeitkritischer Wissenspolitik*. Wiesbaden 2007
- S. Jasanoff: *Designs on Nature. Science and Democracy in Europe and the United States*. Princeton/Oxford 2005
- A. Klinke und O. Renn: Systemic risks: A new Challenge for Risk Management. *EMBO Reports, Science and Society* 5, Special Issue 2004, S. 41–46
- C. Leggewie (Hg.): *Von der Politik- zur Gesellschaftsberatung. Neue Wege öffentlicher Konsultation*. Frankfurt am Main 2007
- H. Nowotny: *Unerstättliche Neugier. Innovation in einer fragilen Zukunft*. Berlin 2005
- N. Stehr: *Wissenspolitik. Die Überwachung des Wissens*. Frankfurt am Main 2003